



Staatliches Fischereiamt Bremerhaven
Fischkai 35
27572 Bremerhaven

Eingangsstempel SFA

Antrag

auf Gewährung einer „De-minimis-Beihilfe“ nach der Verordnung (EU) Nr. 717/2014-Amtsblatt der EU L 190/45 vom 28.06.2014- für die Berufsausbildung zum Fischwirt aus Haushaltsmitteln des Bundes

Ziel / Zweck

Ich, _____, beabsichtige Herrn _____
für den Beruf des Fischwirtes in der Zeit vom _____ bis _____ auszubilden.

Hiermit beantrage ich für _____ Ausbildungsjahr/e eine Zuwendung gem. Ziffer 6.3.1 MAF-BMEL vom 08.07.2024 eBAnzAT 08.07.2025 V2

A. Allgemeine Angaben

1. Angaben zum Antragsteller

1.1	Name, Vorname:	Geburtsdatum:	
1.1.1	Straße, Haus-Nr.:	Postleitzahl, Ort:	
1.1.2	Telefon:	Mobiltelefon:	E-Mail Adresse:
1.1.3	Patente:	Berufsabschluss: Fischwirt ja / nein	Fischwirtschaftsmeister: ja / nein
1.1.4	Mitglied der Erzeugerorganisation:		
1.2	Ort des Betriebssitzes sowie Ort des Geschäftsbetriebs:		
1.3	Rechtsform des Antragstellers:		
1.4	Name(n) der Kapitaleigner:	Beteiligungssatz in %:	
1.5	Bankverbindung (Name der Bank):	Kontoinhaber (wenn nicht Antragsteller):	
	IBAN:		

2. Angaben zum Fischereifahrzeug und Fischereibetrieb

2.1	Fischereikennzeichen:	Name:	Interne Nummer:
2.2	Ich werde durch Steuerberater/Buchstelle (Name, Adresse, Telefon) betreut		

3. Finanzierungsplan

<u>Ausgaben</u>	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>
Personalausgaben für den einzustellenden Azubi				
Sozialabgaben für den einzustellenden Azubi				
Weitere Ausgaben (genau benennen, z.B. Berufsschule, Schutzkleidung) f.d. Azubi				
<u>Gesamt:</u>				
<u>Einnahmen</u>				
Eigenmittel:				
Leistungen Dritter (ohne MAF-Zuschuss): Auf Extrablatt genau benennen.				
Beantragte Zuwendung des Bundes (MAF-BMEL):				
<u>Gesamt:</u>				

B. Erklärungen

4.1

Es werden nur Erzeuger im Haupterwerb gefördert. Erzeuger im Haupterwerb sind Fischer, welche im Jahr vor der Antragstellung und zur Antragstellung der oberen Fischereibehörde als Haupterwerbsfischer registriert sind. Kapitalgesellschaften müssen als Unternehmen bei der BG Verkehr und der oberen Fischereibehörde entsprechend registriert sein. Ich erkläre, dass ich in diesem Sinne ein Erzeuger im Haupterwerb bin.

4.2
Antragstellern, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist, wird keine Förderung gewährt. Dasselbe gilt für einen Antragsteller, der zur Abgabe der Vermögensauskunft nach § 802c Zivilprozessordnung oder § 284 Abgabenordnung verpflichtet ist oder bei dem diese abgenommen wurde. Ist der Antragsteller eine durch einen gesetzlichen Vertreter vertretene juristische Person, gilt dies, sofern den gesetzlichen Vertreter aufgrund seiner Verpflichtung als gesetzlicher Vertreter der juristischen Person die entsprechenden Verpflichtungen aus § 802c Zivilprozessordnung oder § 284 Abgabenordnung treffen.

Ich / wir erkläre/n, dass gegenwärtig keine Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen das Unternehmen betrieben werden und solche Maßnahmen nach Kenntnisnahme seitens des/der Antragstellers/in umgehend der Bewilligungsbehörde angezeigt werden.

Ich / wir erkläre/n, dass das Unternehmen gegenwärtig nicht Gegenstand eines Insolvenzverfahrens ist und die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens seitens des /der Antragsteller/-in umgehend der Bewilligungsbehörde angezeigt wird.

4.3

Ich / wir erkläre/n, dass kein gewerberechtliches Untersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung gegen mich/uns anhängig ist oder eine Gewerbeuntersagung erfolgt ist.

4.4

Mein Fischereifahrzeug hat das Recht zum Führen der Bundesflagge nach § 1 oder § 2 Absatz 2 des Flaggenrechtsgesetzes.

4.5

Mir / uns ist bekannt, dass ich (wir) verpflichtet bin (sind), für das Wirtschaftsjahr der Beihilfegewährung auf Anforderung einen Jahresabschluss zu erstellen, der dem BMEL-Jahresabschluss für das Testbetriebsnetz „Kleine Hochsee- und Küstenfischerei“ entspricht.

Der Jahresabschluss ist der Bewilligungsbehörde auf deren Verlangen bis spätestens fünf Monate nach Ende des jeweiligen Wirtschaftsjahres vorzulegen. Ich bin mit der Verwendung der Daten zu Zwecken des Testbetriebsnetzes einverstanden.

4.6

Hiermit erkenne(n) ich / wir an, dass alle Tatsachen, von denen die Bewilligung, Gewährung, Inanspruchnahme, Rückforderung oder das Belassen der beantragten Förderung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug) sind. Hierzu gehören insbesondere:

- das Erreichen deswendungszweckes einschließlich seiner qualitativen Ziele
- das Aufrechterhalten deswendungszweckes in der festgelegten Zweckbindungsfrist
- die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen
- die Sachverhalte, von denen der Widerruf oder die Rücknahme der Bewilligung und die Erstattung der Zuwendung abhängen

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen, die im Zusammenhang mit der Zuwendung unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden. Falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben hierzu können einen Subventionsbetrug im strafrechtlichen Sinne (§ 264 StGB) begründen.

Mir / uns ist bekannt, dass ich / wir die Bewilligungsbehörde umgehend über Änderungen von subventionserheblichen Tatsachen zu informieren habe(n).

4.7

Dem Bundesministerium und dem Bundesrechnungshof und dem Landesministerium sowie deren Beauftragten steht ein uneingeschränktes Prüfungsrecht bei mir (uns) hinsichtlich aller Unterlagen zu, die mit dieser Maßnahme im Zusammenhang stehen können. Ich (wir) werde(n) diese Unterlagen mindestens 5 Jahre aufbewahren.

4.8

Ich / wir erkläre(n) mich (uns) damit einverstanden, dass die zu erwartenden Zuwendungen mit Forderungen des Bundes aufgerechnet werden dürfen.

4.9

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die zuständigen Behörden unter Beachtung der datenschutz- und urheberrechtlichen Bestimmungen, Veröffentlichungen über das Vorhaben in hierfür geeigneten Medien herausgeben sowie im Einzelfall den Namen des Antragstellers sowie Höhe und Zweck der Förderung bekannt geben kann.

4.10

Ich / wir verpflichte(n) mich (uns) bei allen Veröffentlichungen über das bewilligte Projekt einen Hinweis auf die Förderung aus Mitteln des Bundes in geeigneter Weise aufzunehmen.

4.11

Ich / wir erkläre (n) mich (uns) damit einverstanden, dass die im Förderantrag angegebenen Daten und die gewährten Subventionen zur Feststellung der Steuerpflicht und Steuererhebung den zuständigen Finanzbehörden übermittelt werden dürfen und die Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens 10 Jahre aufzubewahren sind.

4.12

Mir / uns ist bekannt, dass kein Rechtsanspruch auf Förderung besteht und auch nicht durch diese Antragstellung begründet wird.

4.13

Mir / uns ist bekannt, dass der Antrag nur bearbeitet werden kann, wenn die Angaben vollständig sind und alle erforderlichen Anlagen beiliegen. Zur Prüfung der Fördervoraussetzungen kann die Bewilligungsbehörde weitere Angaben und Unterlagen verlangen.

4.14

Mir / uns ist bekannt, dass der Abschluss des Ausbildungsvertrages erst nach Erhalt des Bewilligungsbescheides erfolgen darf.

Hinweis

Der Zuschuss beträgt für jedes begonnene Ausbildungsverhältnis insgesamt maximal 12 000 Euro, die wie folgt ausgezahlt werden:

Nach Abschluss des

1. Ausbildungsjahres: 5 000 Euro
2. Ausbildungsjahres: 5 000 Euro
3. Ausbildungsjahres: 5 000 Euro

Vorzulegende Unterlagen:

- Aktuelle Mitgliedsbescheinigung der Erzeugerorganisation
- Beigefügte Erklärung über „De-minimis-Beihilfen“
- Anerkennungsbescheid als Ausbildungsbetrieb (Lwk)
- Bescheid über die Zuerkennung der fachlichen und persönlichen Eignung (Lwk)
- Entwurf des Ausbildungsvertrages
- **Aktuelle** De-minimis-Bescheinigung (letzte Beihilfe/n) im Original (urschriftliche Rückgabe erfolgt)
- Nachweis über die Registrierung als Haupterwerbsfischer von der oberen Fischereibehörde im Jahr vor der Antragstellung und zur Antragstellung.

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag nebst Anlagen gemachten Angaben und erkenne die Bedingungen, Verpflichtungen, Erklärungen, Sanktionen und Einwilligungen für mich als verbindlich an.

(Ort), (Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers)

Anlage 1

Diese Anlage ist auszufüllen, wenn unter Teil A Nr. 1.3 des Antrags als Rechtsform des Betriebes Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR), Gewerbebetrieb kraft Rechtsform (z. B. GmbH, AG, eG) oder Kommanditgesellschaft (KG) angegeben wurde.

Falls Sie unter Teil A Nr. 1.3 des Antrags bzw. 1.3 dieser Anlage als Rechtsform "Gesellschaft des bürgerlichen Rechts" angeben und die Frage unter Nr. 1.3.1b) nach der "Gegenseitigen Vollmacht" mit "Ja" ankreuzen, ergibt sich für alle in der Tabelle unter Nr. 1.3.2 angegebenen Gesellschafter/-innen eine Vollmacht.		
1.3 Weitere Angaben zum Betrieb		
Gründungsdatum: _____		
(Angabe ist für nachstehend aufgeführte Rechtsformen erforderlich!)		
☐ Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR)	Nähere Angaben sind unten bei Ziffern 1.3.1 und 1.3.2 zu machen	
Gewerbebetrieb kraft Rechtsform (z. B: GmbH, AG, eG)	Aktueller HR-Auszug liegt in Antrag vor	
☐ Kommanditgesellschaft (KG)	Aktueller HR-Auszug liegt in Antrag vor	
1.3.1 Zusatzangaben für Gesellschaften des bürgerlichen Rechts		
Angaben sind erforderlich, wenn unter Ziffer 1.3 dieser Anlage als Rechtsform des fischwirtschaftlichen Unternehmens "Gesellschaft des bürgerlichen Rechts" angekreuzt wurde		
a) Gesellschaft des bürgerlichen Rechts		
Durch meine Unterschrift erkläre ich mich damit einverstanden, dass ich als Gesellschafter/-in in der GbR im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Zuwendungen nicht nur im Rahmen der Gesellschaftereinlage, sondern auch mit meinem Privatvermögen gesamtschuldnerisch zur Haftung herangezogen werden kann. Dies gilt auch im Falle der Auflösung der GbR.		
b) Gegenseitige Vollmacht		
☐ Ja		
☐ Nein		
Unabhängig von bisher abgegebenen Erklärungen erteilen wir uns hiermit die gegenseitige Vollmacht einzeln, im Namen der unter Ziffer 1.3 genannten Rechtsform, die entsprechenden Anträge zur Förderung stellen zu dürfen.		
Die Vollmacht gilt auch bis zu ihrem Widerruf für den Zweckbindungszeitraum der Zuwendung.		
1.3.2 Die GbR besteht aus folgenden Mitgliedern:		
Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich mit den unter Ziffer 1.3.1, Buchstabe a) abgegebenen Erklärungen einverstanden. Für den Fall, dass unter Buchstabe b) eine gegenseitige Vollmacht gewählt wurde, erkläre ich mich auch damit einverstanden.		
Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift der Gesellschafter/-innen
Weitere GbR-Gesellschafter/-innen sind ggf. auf einem gesonderten Blatt aufzuführen.		